

**Einbringung des Haushaltes  
der Stadt Greven  
für das Haushaltsjahr 2008  
- Redemanuskript -**

Wolfgang Beckermann  
Kämmerer

17. Oktober 2007



Stadt Greven

*Es gilt das gesprochene Wort.  
Im Manuskript wird Bezug auf Folien genommen.  
Der Foliensatz der Powerpoint-Präsentation ist  
im Internetauftritt [www.greven.net](http://www.greven.net) abrufbar.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sehen hier auf dem Bild den Boxenstopp während eines Formel-1-Rennens. Das, was wir in diesem Jahr in der zeitlichen Abfolge von zwei Haushalten machen, gleicht einem solchen Boxenstopp.

Im Juni wurde der Etat 2007 verabschiedet, heute – nur vier Monate später – legen wir Ihnen bereits den Entwurf für das kommende Jahr 2008 vor.

Um im Bild zu bleiben:

Das eine Rennauto steht noch in der Abfertigung, da wird noch geschraubt und getankt, der nächste Rennwagen kommt schon in die Boxengasse.

Und – ganz wichtig: : Der Rennstall hat auch noch ein völlig neues Fahrzeug: das alte kamerale wurde durch ein doppisches ersetzt.

Sie wissen, so ist das in der Formel 1 auch, da läuft nicht alles von Anfang an rund.

Das eine oder andere muss dann korrigiert, verbessert oder neu erdacht werden, zuweilen wird sogar dafür Spionage bei der Konkurrenz eingesetzt.

Meine Damen und Herren,  
ich werde natürlich heute nicht über Formel 1-Rennen vortragen. Meine nachfolgenden Ausführungen haben folgende Inhalte:

Die drei Komponenten des NKF

1. NKF und Zielprozess bei uns
2. Haushaltsausgleich, HSK, vorläufige Haushaltswirtschaft: Was heißt das für Greven?
3. Eckpunkte:
  - Ergebnisplan
  - Finanzplan
4. Schulden
5. Risiken des Haushalts
6. Bewertungen
7. Haushaltsverfahren Greven und Überlegungen zur weiteren Konsolidierung

Ich darf noch einmal kurz in Erinnerung rufen, wie das Grundmodell des NKF aussieht:

Im NKF werden die aus dem kaufmännischen Rechnungswesen bekannten Aufwendungen und Erträge betrachtet und nicht mehr wie im alten kameralen Haushalt nur die zahlungswirksamen Ausgaben und Einnahmen.

Drei Komponenten kennzeichnen das System:

Die Aufwendungen und Erträge werden im Ergebnisplan und in der Ergebnisrechnung erfasst. Die Ergebnisrechnung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung des Kaufmanns.

Die Ein- und Auszahlungen werden auch weiterhin dokumentiert. Dies geschieht im Finanzplan und der Finanzrechnung.

Überwiegend werden der Zeitpunkt der erbrachten Leistung und die Zahlung der Geldmittel zeitlich übereinstimmen, so dass die Buchung sowohl im Ergebnisplan als auch im Finanzplan erscheint.

Anders ist es bei den Investitionen. Diese werden nur im Finanzplan veranschlagt.

In den Ergebnisplan wird zu den Investitionen nur der jeweilige Ressourcenverbrauch, das sind in erster Linie die Abschreibungen, übernommen.

Im Zentrum des neuen kommunalen Haushaltsrechts steht die Bilanz, die selbst allerdings kein Bestandteil des Haushaltsplanes ist, sondern dem Ratz jeweils erst mit der Jahresrechnung vorgelegt wird. Unser Vermögen und die Schulden sind aus der Bilanz ersichtlich.

Aus dem Schaubild ist erkennbar, dass die Ergebnisse sowohl der Ergebnisrechnung als auch der Finanzrechnung in die Bilanz einfließen, allerdings an unterschiedlicher Stelle.

Die Gemeindeordnung sieht vor, dass zu Beginn des Haushaltsjahres, in dem erstmals ein Haushaltsplan nach den neuen Vorschriften aufgestellt wird, eine Eröffnungsbilanz aufzustellen ist.

Das haben wir zum 1.1.2007 mit einer vorläufigen Eröffnungsbilanz getan.

Die Erfassung und Bewertung des kompletten städtischen Vermögens ist an sich abgeschlossen. Derzeit werden die angesetzten Werte von unserer Rechnungsprüfung intensiv geprüft; die eine oder andere Korrektur ist notwendig.

Möglichst schon im Dezember soll darüber im Rechnungsprüfungsausschuss beraten werden, der nach der Gemeindeordnung die Eröffnungsbilanz zu prüfen hat.

Mit dem NKF können wir jetzt viel klarer ein Benchmarking durchführen und Einsparpotenziale identifizieren. Wir beteiligen uns dazu schon jetzt an einem interkommunalen Leistungsvergleich, mit dem u.a. Bilanzkennzahlen vergleichbarer Kommunen in NRW auf den Prüfstand kommen. Ich werde Ihnen in der ersten Jahreshälfte 2008 einen entsprechenden Bericht geben.

Wie wir mit der Einführung zum NKF in Nordrhein-Westfalen zeitlich dastehen, können Sie auf dieser Karte erkennen. Die blauen Flecken zeigen die Kommunen, die bis zum 1.1.2007 auf das NKF umgestellt haben. Sie sehen, sehr viele Kommunen fehlten noch. Wir liegen somit im kommunalen Vergleich zeitlich recht gut.

Meine Damen und Herren,

als wir uns Mitte bis Ende der 90er Jahre gemeinsam entschieden, Rat und Verwaltung nach den Prinzipien des Neuen Steuerungsmodells umzugestalten, gab es einen zentralen Gedanken: Das Verwaltungshandeln sollte sich auf der Basis von Zielen an den Wirkungen und Ergebnissen orientieren.

Heute können wir feststellen, dass wir zwar mittlerweile ganz selbstverständlich über Produkte oder Dienstleistungen der Stadtverwaltung sprechen. Eindeutige und messbare Ziele wurden jedoch bislang nicht Flächen deckend vereinbart. Diese Feststellung gilt nicht alleine für die Stadt Greven, sondern für nahezu alle Kommunen in Deutschland.

Mit dem NKF könnte sich das ändern: So verlangt § 4 der Gemeindehaushaltsverordnung, dass die produktorientierten Haushalte der Kommunen künftig auch Ziele und Kennzahlen enthalten sollen.

Einen weiteren Schub dürfte das Thema Zielvereinbarungen durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst erhalten. Denn die geplante leistungsorientierte Bezahlung für die Beschäftigten wird künftig wesentlich von Zielvereinbarungen abhängen, die zwischen Führungskräften und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getroffen werden.

Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, beides – die Definition von Produktzielen für den Haushalt 2008 ebenso wie die Einführung und Umsetzung einer Dienstvereinbarung für eine leistungsorientierte Bezahlung – im Jahr 2007 umzusetzen.

Ich darf heute nicht ohne Stolz sagen, dass wir beide Ziele mit erheblicher Kraftanstrengung und einem qualitativ sehr guten Ergebnis erreicht haben. Sie können das im Entwurf nachlesen.

Für das kommende Jahr planen wir weitere Schritte, etwa die Einführung von Fachbereichsstrategien, die dazu dienen werden, die strategische Ausrichtung für die kommenden fünf Jahre mit dem jeweiligen Fachausschuss zu vereinbaren.

Weiterhin wird der ZSD ein Controlling-Konzept entwickeln.

Dieses Konzept beinhaltet sowohl den Aspekt eines finanzwirtschaftlichen Berichtswesens als auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Zielerreichungen im laufenden Jahr überprüft werden können.

Schon jetzt lässt sich sagen, dass wir keine Zahlen- und Datenfriedhöfe planen, sondern eine Art Ampelsystem mit der Darstellung größerer Abweichungen.

Bevor ich jetzt gleich zu konkreten Haushaltsdaten etwas sage, möchte ich kurz die Voraussetzungen zum Haushaltsausgleich in Erinnerung rufen:

Für den Haushaltsausgleich gilt nach dem § 75 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW:

- Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein.
- Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt

Sie wissen, das ist bei uns leider nicht der Fall.

- Er gilt als ausgeglichen, wenn das negative Ergebnis durch die Ausgleichsrücklage gedeckt ist.

Mit der Eröffnungsbilanz haben wir eine Ausgleichsrücklage von rd. 11,8 Mio Euro ausgerechnet. Die Zahl ist noch nicht verbindlich. Nach den bisherigen Planzahlen könnte die Ausgleichsrücklage schon im Jahre 2009 verzehrt sein. Ich bin allerdings etwas hoffungsvoll und nehme an, dass die tatsächlichen Ergebnisse etwas positiver ausfallen.

- Eine Gemeinde darf sich nicht überschulden. Überschuldung liegt vor, wenn das Eigenkapital aufgebraucht ist.  
Nach den bisherigen Planzahlen haben wir eine Eigenkapitalreichweite von max. 10 Jahren. Auch hier hoffe ich, dass wir durch bessere reale Daten und eigenes Handeln das Schwert der Papierinsolvenz aufhalten können.

Wichtig ist: Es kommt nicht nur auf die Planung an; letztlich ist auf Dauer für eine gewisse Gesundheit entscheidend, wie gewirtschaftet wird: das drückt sich dann in den Ergebnis- und Finanzrechnungen erst nach den jeweiligen Planjahren aus.

Deshalb gilt zumindest verwaltungsintern eine Arbeitserleichterung:

Es braucht sich niemand zusätzliche Wünsche zum Geldausgeben überlegen.

Ich habe die gefestigte Absicht, den Haushalt ausgesprochen restriktiv bewirtschaften zu lassen.

Mit der Einladung zu dieser Ratssitzung habe ich Ihnen das Schreiben des Kreises Steinfurt zum Haushalt 2007 zukommen lassen. Wie schon seit 2005 und erwartet, ist unser Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig.

Wir sind da in großer, schlechter Gesellschaft, wie diese Karte zeigt:

Die gelb dargestellten Kommunen in NRW haben ein genehmigtes HSK, die rot dargestellten nicht. 110 Kommunen sind in einer ähnlichen Situation wie wir.

Der Innenminister unseres Landes hat vor diesem Hintergrund in seinem Runderlass zu den Orientierungsdaten 2008 bis 2011 vom 4. September u.a. erklärt:

- Er erwarte verstärkte Anstrengungen, zu einer rechtsgültigen Haushalts- und Finanzwirtschaft zurückzukehren
- ein dauerhaftes Einrichten in der vorläufigen Haushaltswirtschaft sei nicht akzeptabel und
- gefährde nicht nur die individuelle Handlungsfreiheit einzelner Gemeinden, sondern schädige den Ruf und die Bonität der kommunalen Landschaft

Folie vorläufige Haushaltswirtschaft

- Vordringliches Ziel müsse es deshalb sein, ein genehmigtes HSK zu erreichen.
- Und: an alle Kommunalparlamente gerichtet, erklärte der Innenminister wörtlich: „Dieser Verantwortung und Aufgabe muss sich die örtliche Kommunalpolitik stellen... Diese Aufgabe kann nicht auf andere Ebenen oder die Aufsichtsbehörden übertragen werden.“

Den letzten Satz möchte ich hervorheben und die Verwaltung mit einschließen:

Wir müssen mit eigener Kraft zu Veränderungen bereit sein und dürfen nicht darauf warten, dass nur andere uns den Sparwillen aufzwingen. Es liegt in unserem Interesse, selbst zu handeln!

Nun im Einzelnen zu den eher ernüchternden und harten Haushaltsdaten

## Der Haushalt 2008

Das NKF bietet den Kommunen weitgehende Freiheit in der Ausgestaltung ihrer Haushaltspläne.

Die Haushaltsgliederung bei der Stadt Greven basiert auf der Darstellung von Produkten, die zu Produktgruppen und dann zu Produktbereichen zusammengefasst werden.

Der Haushaltsentwurf 2008 weist 17 Produktbereiche, 41 Produktgruppen und 101 Produkte auf.

Schauen wir zunächst auf den Ergebnisplan.

Mit dem Plan 2007 waren wir für 2008 davon ausgegangen, dass sich die Gesamtbeträge der Erträge und Aufwendungen in 2008 so darstellen würden:

- Erträge 51,9 Mio €
- Aufwendungen 58,1 Mio. €

Dass also ein negatives Ergebnis von rd. 6,2 Mio € in 2008 entstehen würde.

Nach dem nun vorliegenden Entwurf belaufen sich (rote Balken):

- die Erträge auf rd. 55 Mio €
- die Aufwendungen auf rd. 58,2 Mio €

In Höhe des negativen Ergebnisses vom 3,2 Mio € vermindert sich unser Eigenkapital, zunächst als Untergröße die vorhin beschriebene Ausgleichsrücklage.

Gegenüber der Ergebnisplanung aus dem Jahre 2007 für das Jahr 2008 wird das negative Ergebnis nach den Entwurfsdaten um 3 Mio. € verbessert.

Um es hier schon zu sagen. Wesentliche Ursachen sind

- Einmal erhöhte Schlüsselzuweisungen um rd. 2 Mio. € und
- ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 1,2 Mio. €, der sich aus der Zahlung der Airportpark-GmbH nach Vorliegen des rechtsgültigen Bebauungsplanes für die Grundstücke dort ergibt. Den Betrag haben wir aber

nur einmal zu erwarten: deshalb haben wir ihn als außerordentlichen Ertrag ausgewiesen.

Schauen wir dann auf den Finanzplan:

Mit dem Plan 2007 waren wir für 2008 davon ausgegangen, dass sich die Beträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit im Finanzplan in 2008 so darstellen würden:

- Einzahlungen 48,1 Mio €
- Auszahlungen 52,1 Mio. €

und somit ein negativer Saldo von rd. 4,0 Mio € in 2008 entstehen würde.

Die Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen belaufen sich nach dem Entwurf bei den

- Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf 51,8 Mio €
- Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit auf 52,6 Mio. €

Danach ergibt sich dort ein Fehlbetrag von 0,8 Mio €.

Im Finanzplan sind die Investitionen und Finanzierungen von Bedeutung. Diese stellen sich in 2008 wie folgt dar (ich verzichte hier nun auf Vergleichsdaten):

- Einzahlungen 4,8 Mio €
- Auszahlungen 7,2 Mio €

Welchen Kreditbedarf haben wir nach diesen Planungen?

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen beläuft sich auf rd. 1,8 Mio. €. Durch eine veranschlagte Tilgung in Höhe von 2,4 Mio. € ergibt sich im Jahre 2008 keine Netto-Neuverschuldung, sondern sogar die Möglichkeit eines kleinen Schuldenabbaus.

Auch hier darf ich wieder darauf hinweisen: entscheidend ist, wie wir tatsächlich wirtschaften. Es sind also durchaus Verbesserungen denkbar, natürlich ebenso Verschlechterungen.

Verpflichtungsermächtigungen sind nicht vorgesehen.

Die Liquiditätskredite dienen zum Erhalt der Liquidität der „Stadtkasse“. Der Höchstbetrag dieser Kredite im Haushaltsjahr 2008 ist auf 25 Mio € festgesetzt.

Dieser Rahmen sichert die nötige Liquidität.

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und die Gewerbesteuer sollen nach dem Entwurf nicht angehoben werden.

Mit dem Entwurf schlagen wir aber eine moderate Anhebung der Grundsteuer B von bisher 390 um 10 Punkte auf dann 400 Punkte vor.

Dem Haushaltsplan 2008 liegen somit folgende Hebesätze zugrunde:

- Grundsteuer A 210 v.H.
- Grundsteuer B 400 v.H.
- Gewerbesteuer 420 v.H.

Das entspricht einer Erhöhung der Grundsteuer B um 2,6 %.

- Auf einen privaten Haushalt umgerechnet ist das verträglich: Für einen privaten Haushalt mit einem Einfamilienhaus und 600 qm bedeutet das in der Regel eine Belastung von weniger als 9 € im Jahr.
- Bei einem sehr großen Industrieunternehmen könnte das ca. 600 € im Jahr mehr ausmachen.
- Im städt. Haushalt bringt die Erhöhung rd. 135.000 €.

Zur Einordnung zum Vorschlag hinsichtlich der Grundsteuer B diese Folie, mit einem Vergleich der Hebesätze von Städten im Kreis Steinfurt:

- Rheine hatte schon 2007 einen Hebesatz über 400 Punkte,
- in Ibbenbüren betrug der Hebesatz 395 Punkte.
- Diese Kommunen sind finanziell aber deutlich besser gestellt als wir.

Werfen wir nun einen Blick auf einige wesentliche Positionen bei den Erträgen und Aufwendungen.

Bei der Ermittlung der Ansätze wurden die Orientierungsdaten des Landes aus dem September und die Orientierungsdaten zur regionalisierten

Steuerschätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung von Mitte Mai 2007 zu Grunde gelegt.

Bei allen Positionen können sich in den nächsten Wochen noch Änderungen ergeben.

Bei den Steuerschätzungen wurden bereits die Wirkungen der Unternehmenssteuerreform berücksichtigt.

Aus diesem Grunde wurde der Ansatz 2008 bei der Gewerbesteuer gegenüber 2007 um 5% auf 15,2 Mio. € zurückgenommen.

Ich zeige hier nur die Ertragspositionen mit wesentlichen Änderungen zum neuen Haushaltsjahr:

- Bei der Grundsteuer B vorher 5,2 jetzt 5,34 Mio € (+2,6%)
- Bei der Gewerbesteuer in 2007 16 Mio., in 2008 15,2 Mio (-5%)
- Beim Anteil an der Einkommenssteuer in 2007 10,4 Mio, nun 11,5 Mio € (+10%) und beim
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer vorher 1,07 nun 1,15 Mio € (+7 %)

Von großer Bedeutung sind für uns natürlich die Zuwendungen des Landes.

Von insgesamt 9,3 Mio € entfallen

- 6 Mio € auf Schlüsselzuweisungen
- 1,8 Mio € auf Zuweisungen zu den Betriebskosten der Kindergärten.

Zu den Schlüsselzuweisungen eine Darstellung der Entwicklung, hierzu die nächste Folie:

- Der erwartete Betrag in 2008 von 6 Mio € entspricht einer Steigerung um 53% gegenüber 2007.
- Das hört sich gewaltig an.
- Aber damit erreichen wir noch nicht einmal den Betrag aus 2004, also 4 Jahre zurückliegend.

Dann haben wir als Besonderheit einen außerordentlichen Ertrag:

Wie vorhin gesagt: es handelt sich um den Restkaufpreis, den die Airportpark GmbH an uns zahlen muss.

Da wir den Kaufpreis nicht als Forderung in der Eröffnungsbilanz berücksichtigt hatten (da war uns der zeitliche Verlauf noch zu vage), schlägt der Verkaufspreis im Ergebnis positiv in voller Höhe zu Buche.

Wesentliche Positionen auf der Aufwandsseite sind:

- Personal: 8 Mio € (+ 2%)
- Versorgungsaufwand: 1,6 Mio
- Sach- u. Dienstleistungen: 10,6 Mio; nach Drucklegung haben wir hier die Erkenntnis gewonnen, dass wir 0,5 Mio € zusätzlich ansetzen müssen (dementsprechend verändern sich die Gesamtergebnisse negativ)
- Transferaufwendungen insgesamt: 26,4 Mio €, davon entfallen auf
  - Kreisumlage 12 Mio € (+1,3 Mio/+12%)
  - Gewerbesteuerumlage 1 Mio (- rd. 350.000 €/ -24%)
  - Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage Fonds Dt. Einheit 1,2 Mio € (-100.000€/ -8%)

Die tatsächliche Höhe der Kreisumlage ist allerdings für uns eine große Unbekannte. Frühestens im November wird der Kreis, der bekanntlich jetzt die Umstellung auf das NKF vornimmt, eine Aussage machen können. Ich hoffe, dass wir spätestens zur Verabschiedung des Etats in der Ratssitzung im Dezember eine zuverlässige Aussage bekommen. Der absolute Betrag ist von uns in der Planung gegenüber dem Vorjahr angehoben, kann aber völlig falsch sein.

Nebenbei bemerkt: Ich halte sehr viel davon, dass der Kreis die desolate Finanzlage der HSK- und Würde-Gern-HSK-Kommunen (das sind wir z.B.) bei der Festsetzung der Kreisumlage im Blick hat. Es kann nicht richtig sein, dass sich der Kreis nennenswert mit dem Griff in die Stadtkassen entschuldet und die kreisangehörigen Kommunen nicht wissen, wie sie sich finanzieren sollen. Man muss jedoch zugleich ehrlich anerkennen, dass der Kreis Steinfurt derzeit im Kreisranking NRW's eine relativ niedrige Kreisumlage aufweist.

Mit den Investitionen bewegen wir uns im Finanzplan:

Die Auszahlungen für Investitionen sind mit rd. 4,8 Mio € veranschlagt.

Folgende Maßnahmen über 100.000 € sind vorgesehen:

- Erwerb von Feuerwehrfahrzeugen
- Weitere bauliche Maßnahmen Ganztags-hauptschule
- Schulerweiterung Anne-Frank-Realschule
- Lehrerzimmer Anne-Frank-Realschule
- Kreisverkehr in der Ortsmitte Reckenfeld
- Ausbau Lindenstraße/Alte Linderstraße
- Ausbau „Block C“ in Reckenfeld
- Tlw. Rückzahlung des Landeszuschusses zur Baumaßnahme L555

### Schulden

Ich hatte vorhin schon die Kreditaufnahme beschrieben und rufe die Zahlen in Erinnerung:

- Die Tilgung von Krediten ist in Höhe von rund 2,4 Mio. € veranschlagt.
- Wir nehmen einen Saldo aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 1,8 Mio € an.

Somit ist – wie schon gesagt – nicht nur keine Netto-Neuverschuldung zu verzeichnen, sondern eine Reduzierung des Darlehensbestandes in Höhe von 600.000 €.

Aber: Vorsicht! Hier liegt eine Falle! Lassen Sie uns nicht hineintreten!

Neben den Darlehen belastet uns die Entwicklung der Liquiditätskredite erheblich. Auch das sind Schulden!

Die Liquiditätskredite belaufen sich zurzeit (15.10.2007) auf rd. 16,8 Mio. €.

Im Gegensatz zur Darlehensentwicklung werden die Liquiditätskredite aufgrund des Defizits aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in den kommenden Jahren weiter ansteigen!

Die Entwicklung ist auf dieser Folie zu sehen.

- Die Darlehen sinken zwar, aber
- die Liquiditätskredite und damit der Gesamtschuldenstand steigen vorerst weiter.

## Risiken

Wir haben in der Verwaltung den Haushalt mit den besten uns zur Verfügung stehenden Informationen aufgestellt. Gleichwohl sind nicht alle Positionen sicher:

- Da ist zunächst die tatsächliche Höhe der Kreisumlage,
- Ebenso bestehen durchaus auch noch Fragezeichen zum Anteil an der Einkommenssteuer, zum
- Anteil an der Umsatzsteuer und zu den
- Schlüsselzuweisungen.

Darüber hinaus gehe ich davon aus, dass

- Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz durch die Rechnungsprüfung evtl. eine Korrektur der Abschreibungen zum Anlagevermögen Straßen ansteht, die jährlich netto bis zu 1 Mio. € zusätzlicher Abschreibungen als Belastung mit sich bringen könnte. In der Größenordnung würde sich dann direkt das Gesamtergebnis verschlechtern. Diese Information habe ich erst am Montag erhalten; wir konnten das nicht mehr im Entwurf umsetzen. Dann sieht es aber schon wieder etwas schlechter aus!

Weiterhin ist die

- Entwicklung unserer Beteiligungen

zu nennen. Alle Beteiligungen sind unentwegt neuen Restriktionen unterlegen. Ich verweise zum Beispiel auf die Strittigkeit des steuerlichen Querverbundes (Herr Vennemeyer hat das vorhin auch schon erwähnt).

Und dann sind sicher auch die Kostenrisiken unserer Beteiligungen zu beachten. Hier denke ich - nüchtern und betriebswirtschaftlich - insbesondere an den Airportpark, dessen Entwicklung von großer Bedeutung für unseren Standort und unsere Region ist.

Ganz klar: Es gilt, dessen Entwicklung zu fördern. Schon allein die vertragliche Grundlage verpflichtet uns dazu.

Als „kleinstes Rad“ am Wagen, gleichwohl wie die kommunalen Partner mit einem Drittel an den Kosten beteiligt, muss aber eine weitere

finanzielle Inanspruchnahme Grevens an unserer geringen finanziellen Leistungskraft gemessen werden. Das wissen unsere Partner und ich hoffe, wir bekommen die notwendigen und finanzverträglichen nächsten Weichenstellungen hin.

Als letztes auf meiner Folie, aber nicht als letztes denkbare Risiko, sind ganz allgemein die

- Kostensteigerungen

zu sehen.

Wir haben mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf des Haushaltes zwar nicht unerhebliche Steigerungen „eingepreist“; es bleibt dennoch abzuwarten, ob das ausreicht.

Anfang dieser Woche wurde in den Medien gemeldet, dass die Inflation in Deutschland im September auf den höchsten Wert seit zwei Jahren gestiegen ist. Insbesondere die Energiepreise, die naturgemäß großen Anteil bei der Bewirtschaftung unserer Gebäude haben, sind da relevant.

Bei den Bauleistungen gehen wir in Teilbereichen von 3 bis 4%, mitunter sogar von Steigerungsraten über 6% aus.

Ich habe hier einmal einige Entwicklungslinien des Ergebnisplanes auf der Zeitschiene bis 2011 zusammen gestellt:

- Da ist der erste Block: das Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit.
- In 2007 hatten wir da noch ein großes Loch (-2,6 Mio €)
- Nach dem Entwurf 2008 ergibt sich knapp ein negatives Ergebnis (-200.000 €)
- Ab 2009, so die jetzigen Prognosen, wird das Ergebnis positiv (+500.000 in 2009, danach 1,5 bzw. 1,9 Mio €)
- (Wie gesagt: zusätzliche Abschreibungen bis zur Höhe von ca. 1 Mio € werden diese Trends aber verschlechtern bzw. nicht ganz so durchschlagen lassen. Das konnte ich in diese Präsentation nicht mehr einarbeiten.
- Dann sehen Sie die bilanziellen Abschreibungen, hier gekürzt um aufzulösende Sonderposten. Nach dem Stand des Haushaltsentwurfs ergibt das eine Netto-Belastung im Ergebnis in Höhe von 2,1 Mio €. (auch

hier sind nach neuerer Erkenntnis höhere Ansätze zu berücksichtigen)

- Das Gesamtergebnis (im dritten Block dargestellt), könnte sich nach den Planzahlen langsam verbessern, es bleibt aber auch bis 2011 negativ (- 1,8 Mio €), die zusätzlichen 1 Mio. € Abschreibungen eingerechnet läge es dann bei - 2,8 Mio.
- Somit ist kein Ausgleich in Sichtweite.
- Neben den Abschreibungen sind vor allem die Zinsen belastend! Die Zinsen liegen in allen Planjahren immer um 4 Mio € und sind eine drückende Last.

Ich möchte abschließend noch 2 Punkte ausführen:

- Ganz kurz: Wie haben wir den Etat 2008 aufgestellt?
- Was schlagen wir zur weiteren Konsolidierung vor?

Zur Aufstellung waren drei Grundsätze für uns handlungsleitend:

- Erstens: keine neuen Aufwendungen, wann immer möglich neue dauerhafte Aufwände vermeiden.
- Zweitens: Belastungen der Bürgerschaft vermeiden. Das schließt aber zwingend notwendige Dinge nicht aus.
- Und schließlich haben wir alle Etatanmeldungen sehr kritisch untersucht und etliche entweder nicht mit aufgenommen oder gekürzt.

**Zur Haushaltskonsolidierung:**

- Ich erinnere daran, dass wir in den letzten Jahren schon ganz erhebliche Beiträge zur Konsolidierung geleistet haben. Wegen der Rechnungsumstellung macht es aber wenig Sinn, diese in € zu benennen.

Die Tatsache schon vorgenommener Beiträge zur Konsolidierung und das von mir vorhin beschriebene Verfahren zur Aufstellung des Etats 2008 reichen gleichwohl nicht aus, um damit in Ruhe zu „wirtschaften“.

Das haben wir auch nicht vor.

Deshalb haben wir im Verwaltungsvorstand folgendes weitere Vorgehen beschlossen:

- Der Bürgermeister vereinbart mit allen Führungskräften als Ziel 2008 „weitere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung“. Damit wird mit Nachdruck die Ernsthaftigkeit unterstrichen. Ich glaube, dass tatsächlich das eine oder andere darüber machbar ist.
- Damit einhergehend werden wir (wie schon in den zurückliegenden Jahren) weitere Prozessoptimierungen anstreben. Ich erinnere für das laufende Jahr an die Veränderungen zur Rechnungsprüfung und meines eigenen Aufgabenbereiches. Denkbar ist auch der punktuelle Einsatz von Organisationsuntersuchungen, wenn wir externe Hilfe benötigen.
- Parallel dazu möchte ich mit meinen Kollegen im ZSD und den Fachbereichen der Verwaltung eine flächendeckende strukturierte Produktkritik anstoßen. Als Vorbild sehe ich hierzu ein Modell des Kreises Höxter, das ich Ihnen als Ausdruck auf den Tisch gelegt habe.
- Ferner meine ich, dass wir uns nochmals mit einigen Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NRW) auseinandersetzen sollten. Das ist zwar alles schon gemacht worden; die Punkte, die große finanzielle Folgen haben könnten, gebe ich erneut zu bedenken.
- Und ich glaube, soweit wir es irgendwie können, müssen wir übergreifende Maßnahmen (z.B. hinsichtlich kommunaler Zusammenarbeit, Erhebung spezieller Entgelte und dergleichen) zumindest dahingehend prüfen, ob sie etwas bringen und im positiven Fall anstoßen.
- Zuletzt: Ich möchte wenigstens darüber eine Diskussion führen, ob externe Beratung uns helfen kann. Damit meine ich Verwaltungs- und Politikberatung!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hatte vorhin zu Beginn meiner Ausführungen das Bild eines Boxenstopps in der Formel 1 herangezogen.

Nicht nur aus ökologischen Gründen kann man die Formel 1 kritisch sehen.

Um auch hier im Bild zu bleiben:

Bezogen auf unsere finanzielle Situation in Greven gebe ich zu bedenken, dass die Formel 1 vermutlich die falsche Fahrzeugklasse darstellt.

Vielleicht wäre ja diese hier richtiger:

Für die, die das Bild nicht so gut sehen können: ein Benzin-Rasenmäher beim Boxenstopp. Im Nothaushaltrecht müsste der sogar wohl durch einen Handrasenmäher ersetzt werden.

In allem Ernst:

Ich bitte den Rat, die Verwaltung und die Bürgerschaft mit großem Nachdruck einen Weg zu unterstützen, mit dem wir in Greven aus eigener Kraft zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Ich hätte meine neue Aufgabe als Kämmerer nicht angetreten, wenn ich nicht glauben würde, dass wir gemeinsam wenigstens etwas bewegen können.

Mit einer Mentalität nach dem Motto: „Was soll das, wir sind ohnehin hoch verschuldet“, können wir – so meine ich – nachfolgenden Generationen nicht in die Augen schauen! Ich glaube, das sehen sie ebenso.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen in den kommenden Wochen eine gute Etatberatung.

Mit meinen Kollegen stehe ich Ihnen gerne für Ihre Fraktionsberatungen zur Verfügung.

Unsere Stadt hat gute Perspektiven: wir haben in dieser Region optimale Standortfaktoren, eine gute, funktionierende Infrastruktur, ein in dieser Größenordnung hervorragendes Angebot in der Bildung, zur Freizeit, im Sport und in der Kultur.

Im kommunalen Vergleich stehen wir als Wirtschaftsstandort ganz oben.

Eine ernsthafte Konsolidierung unserer Finanzen wird dazu beitragen, diese Standortfaktoren zu erhalten und zu verbessern.

Abschließend möchte ich es nicht versäumen, meinen Kollegen im ZSD für die geleistete Vorarbeit zu danken.

Ich weiß, ein Kollege sagt immer, für seine Arbeit werde er schon bezahlt. Das reiche. Er und seine Kollegen machen das aber besonders gut und effizient! Danke.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.